in Erwägung, daß nur durch Aufstellung einer Tourordnung ein geregelter Transport auf den Rigi ermöglicht werden kann, indem sonst dieser Transport nur in den Bereich weniger Interessirten gezogen, die Zahl der Pferdehalter vermindert und dadurch erfolgen müßte, daß bei frequentem Besuche der Reisenden Mangel an Transportmitteln fühlbar würde;

in Erwägung endlich, daß in vorliegenden Reglementen nichts enthalten ist, was dem Sinn und Geiste der Bundesverfassung widerspricht, beschließt:

Es werden die Petenten in ihrem Gesuche abgewiesen und der bundesrätliche Beschluß vom 13. August 1858 wird aufrecht erhalten.

Namens der Kommission,

Der Berichterstatter:

J. Kaiser.

Die Kommission bestand aus den Herren:

A. D. Nepf, in St. Gallen.

J. Kaiser, in Stanz.

J. Winkler, in Luzern.

Fr. Bürli, in Baden.

(Herr Briatte war abwesend).

B e r i c h t

der

nationalrätlichen Kommission über den Rekurs der Wirths vom Rigi, betreffend die Führer- und Transportreglemente der Kantone Schwyz und Luzern.

(Vom 19. Jänner 1859.)

I t.!

Um vielfach und seit Jahren laut gewordenen Klagen über Zudringlichkeit, Belästigung und oft unredliches Benehmen von Seite der Führer, Träger und Pferdehalter in den Rigiemeinden gegenüber den Reisenden Abhülfe zu thun, erließ der Regierungsrath von Luzern bereits in den Jahren 1842, 1851 und 1852 reglementarische Vorschriften, durch welche die nöthige polizeiliche Fürsorge zu Gunsten der Reisenden getroffen wurde. Im Jahr 1854 sah die Regierung sich veranlaßt, diese Reglemente einer Revision zu unterwerfen, und derselben einen vom Gemeinderath Weggis eingeholten Entwurf zu Grunde zu legen.

Das unterm 31. März 1854 revidirte und zur Stunde noch in Kraft bestehende Reglement der luzernischen Regierung schreibt unter Anderm vor:

„§. 1. Zur bessern, schnellern und zweckmäßigeren Bedienung der Nigireisenden sollen in der Gemeinde Weggis folgende Gesellschaften bestehen:

- a. Gesellschaft der Pferdehalter;
- b. Gesellschaft der stärkeren Träger und
- c. Gesellschaft der jüngern Träger und Wegweiser, bestehend aus Knaben unter 18 Jahren oder auch ältern, die in die größere Trägergesellschaft zu treten zwar nicht die erforderlichen Kräfte haben, aber doch als bloße Wegweiser oder zum Tragen bis auf 15 Pfund brauchbar sind.

„§. 2. Jeder, der in Weggis Nigireisenden den Träger machen oder sie zu Pferde führen oder ihnen als bloßer Wegweiser dienen will, muß in die betreffende Gesellschaft und in die durch dieses Reglement vorgeschriebene Tour- oder Reihenordnung eintreten.

„§. 3. Jeder Bürger der Gemeinde Weggis und jeder allda auf Heimathschein niedergelassene Einwohner, der die im §. 4 vorgeschriebenen Eigenschaften besitzt, kann Mitglied dieser Gesellschaften, darf jedoch nur in eine derselben aufgenommen werden.

„§. 4. Die Mitglieder der stärkern und der jüngern Trägergesellschaft müssen männlichen Geschlechts sein, einen unbescholtenen Ruf und die erforderlichen Kräfte und Fähigkeiten zur Erfüllung ihrer übernommenen Pflichten besitzen.

Die Pferdehalter, welche ebenfalls unbescholtenen Rufes sein müssen, sind verpflichtet, gute, sichere und starke Pferde zu halten.

„Ebenso sollen dieselben auch gutes und reinliches Reitzeug halten.

„Als Führer der Pferde nach dem Nigi dürfen nur Mannspersonen mitgegeben werden.

Der Gemeindeammann ist verpflichtet, jährlich jeweilen auf Mitte Juni den Bezirksthierarzt anher zu berufen und alle vorhandenen Pferde durch selben untersuchen zu lassen. Diejenigen, welche die vorgeschriebenen nöthigen Requiritten nach dem Dafürhalten des Bezirksthierarztes nicht besitzen, sollen ohne weiters vom Dienste ausgeschlossen werden.

„Wer erst nach Mitte Juni ein Pferd anschafft, muß sich über dessen Tauglichkeit durch einen Schein des Bezirksthierarztes ausweisen, bevor er damit in die Tourordnung eingereicht werden darf.

„Schlechtes, untaugliches Reitzeug soll der Gemeindeammann wegzekennen.

„§. 6. In der ersten Woche des Monats April versammeln sich die Mitglieder dieser Gesellschaften an dem von dem Gemeindeammann bezeichneten Tage.

Der Gemeindeammann legt ihnen die Verzeichnisse aller derjenigen, die sich als Mitglieder zu diesen Gesellschaften gemeldet haben, vor.

„Jede Gesellschaft nimmt dann die Ausloosung der Reihenfolge der Mitglieder zum Dienste vor, bestimmt den Lohn ihres Tourmeisters und wählt denselben, der ein aufrechtstehender Mann sein muß. Die größere Trägergesellschaft verständigt sich zugleich über Anschaffung der nöthigen Tragesseln u. s. w.

„Wahl und Besoldungsbestimmung des Tourmeisters der jüngern Träger steht dem Gemeindeammann zu.

„§. 8. Der Tourmeister ist verpflichtet, die Mitglieder der Gesellschaft getreu und gewissenhaft und zur gehörigen Zeit in den Dienst zu berufen, keinem seine Stelle in der Tour zu verrücken und jeden Abend oder sonst früh genug vorher die für den Tag mutmaßlich nothwendigen Träger oder Wegweiser in Kenntniß zu setzen, daß sie an der Reihenordnung stehen.

„§. 9. Ihm liegt ob, unter den Gesellschaftsmitgliedern gute Ordnung zu halten, die Klagen der Reisenden anzuhören und ihnen beizustehen, und diejenigen, die gegen diese Verordnung sich verfehlen, zur Bestrafung zu verzeigen.

„§. 10. Die Mitglieder der Gesellschaften sind ernstlich gehalten, sich so einzurichten, daß der Tourmeister inner dem Umfang einer Viertelstunde den Tragern und Wegweisern, und inner dem Umfang von fünf Minuten den Pferdehaltern die nöthigen Aufforderungen kann zukommen lassen.

„§. 11. Wer am Tage selbst, wo er zum Dienste berufen wird, eine Viertelstunde nach ihm bestimmter Zeit nicht erscheint, verliert seine Tour, und der Tourmeister hat sogleich den in der Reihenordnung Folgenden, oder wenn dieses nicht wohl mehr thunlich wäre, eine andere geeignete Person für ihn zu stellen.

„§. 12. Die Pferdefahrer, Trager und Wegweiser sind hinsichtlich ihrer Belohnung an die festgesetzten Taxen gebunden; sie sollen sich eines nüchternen Lebenswandels befeßen, verträglich unter sich, höflich und zuvorkommend gegen die Reisenden sein und dieselben schnell und treu bedienen.

„§. 14. Die Reisenden sollen mit Pferden, Tragern und Wegweisern der Regel nach einzig nur durch diese drei Gesellschaften bedient werden; jedoch finden folgende Ausnahmen statt:

- a. Jeder Reisende darf die mit sich gebrachten Wegweiser, Trager und Pferde zu seiner Bedienung ferner beibehalten.
- b. Gepäck, welches 15 Z nicht übersteigt, darf auf Pferde gebunden oder der Gesellschaft der jüngern Trager und Wegweiser zu spediren übergeben werden. Auch das sog. Zimmerbestellen auf'm Rigi geschieht durch letztere Gesellschaft. Schwerere Lasten, die der Reisende nicht selbst auf den Rigi tragen will, müssen der größern Tragergesellschaft übergeben werden.

„Eigentliche Fremdenführer dürfen nicht in die Gesellschaft der größern oder kleinern Trager aufgenommen werden, außer sie verzichten für selbes Jahr auf die Ausübung des Führergewerbes. Als eigentliche Fremdenführer und daher durch die Tourordnung nicht beschlagen ist der Gemeindevohner nur anzusehen, wenn er sich durch Zeugnisse von Reisenden ausweisen kann, daß er solche in der Eigenschaft als Führer auf einer Reise von wenigstens zehn Stunden Entfernung von Weggis bedient habe.

„§. 16. Den Reisenden Pferde, Trager und Wegweiser anzubieten, ist einzig Sache der Tourmeister oder ihrer Stellvertreter.

„Keinem Einwohner, sei er Mitglied der Gesellschaft oder nicht, ist es erlaubt, herwärts des sog. St. Antoni-Käppeli (circa eine Viertelstunde vom obern Dorfe Weggis) sich Reisenden als Trager oder Wegweiser anzutragen und sie, außer in seiner Tour, als solcher zu bedienen.

„Sollte einem Reisenden aber erst oberhalb dieser Stelle einfallen, einen Trager oder Wegweiser anzustellen, und dort jemanden dafür anzusprechen, so mag letzterer ihn bedenken.

„Den Pferdehaltern ist verboten, außer ihrer Tour vom Oberdorfe aus den Reisenden mit Pferden nachzufahren und sie ihnen anzubieten. Falls sie aber bei ihren ordentlichen Fahrten nach dem Rigi auf dem Rückweg begriffen um Pferde nach dem Rigi angesprochen werden, so ist ihnen gestattet, dem Begehren zu entsprechen.

„§. 17. Streitigkeiten, die zwischen den Pferdehaltern, Tragern oder Wegweisern einerseits und den Reisenden andererseits entstehen, und die der Tourmeister nicht sogleich gütlich beilegen kann, untersucht und beseitigt der Gemeindevorsteher, oder im Verhinderungsfalle der zunächst wohnende Beamte auf der Stelle, damit die Reisenden nicht aufgehalten werden.

„Ebenso befähigt der Gemeindeammann, sofern es dem Tourmeister nicht sofort gelingt, allfällig sich erhebende Anstände unter den Mitgliedern der Gesellschaften, hingegen alle Vergehen der Mitglieder dieser Gesellschaften, sowohl gegen die Reisenden als unter sich begangen, sollen zum Untersuch und zur Ueberweisung an den Strafrichter dem Amtsstatthalter zugeleitet werden.

„§. 18. Gegen Fremde und benachbarte Ortschaften und Gestade wird in jeder Beziehung das Gegenrecht angesetzt, d. h. sowie die Einwohner der Gemeinde Weggis in Bezug auf Fahren, Tragen und Pferdeführen anderwärts behandelt würden, so sollen auch die dortigen Anwohner in der Gemeinde Weggis behandelt werden.

„§. 20. Wer mehr fordert, als der aufgestellte Tarif ihm erlaubt, soll das zuviel Geforderte demjenigen, der es zahlen mußte, wieder zurückerstatten, und sollte derselbe nicht mehr auszumitteln sein, den Betrag an das Armenhaus in Weggis bezahlen.

„Ueberhin wird der Ueberforderer aus dem Verzeichniß der Gesellschaft gestrichen, und je nach Gestalt der Sache dem Strafrichter zur Bestrafung überwiesen.

„Ueberhaupt sollen diejenigen, welche sich gegen dieses Reglement verstoßen oder vergehen, oder welche Vorstüb leisten, daß Andere sich gegen diese aufgestellte Ordnung verstoßen oder vergehen, dem Amtsstatthalter zur Bestrafung verzeigt und je nach Umständen von denselben mit zwei bis zehn Franken, nach Anleitung des Gesetzes über Abwandlung geringerer Polizeifälle, vom 12. Dezember 1838, bestraft werden.

„§. 21. Jene Träger, Wegweiser und Pferdeführer, welche sich ungebührlich gegen die Reisenden oder unverträglich unter sich selbst, oder gegen den Tourmeister betragen, oder sich dermaßen betrinken, daß sie den Dienst nicht mehr gehörig versehen können, sollen, sofern ihre Vergehen nicht der Art sind, daß sie sich zur Ueberweisung an den Strafrichter eignen, je nach Gestalt der Sache entweder vom Tourmeister ernstlich gemahnt oder durch den Gemeindeammann auf kürzere oder längere Zeit in Dienste eingestellt, oder gar aus dem Verzeichniß der Gesellschaftsmitglieder gestrichen werden.“

Das gleiche Bedürfnis einer polizeilichen Ordnung für Führer, Träger und Pferdehalter zum Dienste der Reisenden nahm auch die Regierung des Kantons Schwyz, und wie es scheint, in noch erhöhterm Maße in den dortseitigen Nigigemeinden und Ortschaften Versau, Goldau, Arth, Zimmensee und Rüschnacht wahr, und erließ daher in Berufung auf Art. 29 der Bundesverfassung, welcher den Kantonen, mit Genehmigung der Bundesbehörde, in Litt. b. die polizeilichen Verfügungen über die Ausübung von Handel und Gewerbe und über die Benutzung der Straßen vorbehält, bereits unterm 18. Juni 1851 ein ähnliches Reglement, wie die Regierung von Luzern, fand sich aber unterm 28. November 1854 veranlaßt, die dortseits erlassene Verordnung ebenfalls einer Revision zu unterwerfen, wobei, wie es scheint, diejenige von Luzern so weit thunlich berücksichtigt wurde.

Das gedachte Reglement lautet in seinen Motiven und wesentlichen Bestimmungen also:

„Der Kantonsrath,
in Erwägung:

„1. daß gemachte Erfahrungen die Nothwendigkeit herausstellen, daß die vom Regierungsrath unterm 18. Juni 1851 erlassene Verordnung über Transport von Reisenden und Effekten auf den Nigi einer nochmaligen Revision unterworfen werde;

„2. daß nur durch Aufstellung einer Tourordnung ein geregelter Transport der Reisenden auf den Rigi ermöglicht werden kann, indem sonst dieser Transport nur in das Bereich weniger Interessirter gezogen, die Zahl der Pferdehalter vermindert und diese Verminderung der Pferdehalter die unausweichliche Folge nach sich ziehen würde, daß in den Sommermonaten bei frequentirtem Besuche der Reisenden der Transport ins Stocken gerieth und dadurch Uebelstände und Nachtheile zu Tage gefördert würden, die nothwendiger Weise vermieden werden sollten;

„3. daß der Erlass einer solchen Polizeiverordnung um so zweckmäßiger erscheint, indem dieselbe im Interesse der Reisenden liegt, zur schnelleren und bessern Beförderung derselben dient und sowohl ihre Sicherheit fördert, als sie gegen Betrug schützt und dadurch einerseits allen Unordnungen, Fälschereien und Streitigkeiten vorgebogen wird, und andererseits auf solche Weise ein geregelter Personen- und Effekten-Transport erzielt werden kann;

„4. daß §. 29 der Bundesverfassung den Kantonen das Recht einräumt, solche polizeiliche Maßnahmen zu treffen,

„beschließt:

„Der Personen- und Effekten-Transport auf den Rigi ist in den Ortsgemeinden Gersau, Goldau, Arth, Immensee und Küssnacht unter polizeiliche Aufsicht gestellt, „und verordnet daher wie folgt:

„§. 1. Der Transport der Reisenden und Effekten in den Ortsgemeinden, resp. in den Bezirken oder Gemeinden Gersau, Goldau, Arth, Immensee und Küssnacht findet durch Gesellschaften statt, die sich zu diesem Zwecke zu bilden haben und unter der direkten Aufsicht und Leitung der Polizeibehörden der betreffenden Gemeinden stehen.

„Wenn Reisende Pferde oder Trager mit sich bringen, so mögen sie sich solcher bedienen, ohne daß die Gesellschaften dagegen Einsprache zu machen berechtigt sind.

„§. 2. Die Gesellschaften zerfallen:

- „a. in jene der Pferdehalter,
- „b. in jene der Trager.

„§. 3. Jeder Bürger und Niedergelassene, der unbescholtenen Rufes ist, und in einer dieser Ortsgemeinden wohnt und die erforderlichen Eigenschaften zur Erfüllung seines Berufes, sei es als Pferdehalter oder als Trager besitzt, ist berechtigt, in die Gesellschaft einzutreten.

„§. 4. Die erforderlichen Eigenschaften bestehen darin:

- a. daß der Pferdehalter nüchtern und mit Führung und Haltung der Pferde vertraut ist, daß die Pferde sicher und fest gebaut, und das Reitzeug immerwährend gut und reinlich unterhalten sich befindet;
- b. daß die Trager die gehörigen physischen Kräfte hierzu besitzen und mit soliden Tragesseln und Tragbändern versehen sind.

„§. 5. Pferdehalter sowohl, als Trager, so wie Pferde, die nicht auf dem Verzeichniß stehen und nicht die Genehmigung vom betreffenden Bezirks- oder Gemeinderath erhalten, dürfen sich mit dem Transport der Reisenden und Effekten auf den Rigi nicht befassen, und zwar unter der in dieser Verordnung festgesetzten Strafe.

„§. 6. Der betreffende Bezirks- oder Gemeinderath wählt für beide Gesellschaften einer Ortsgemeinde einen Tourmeister. Derselbe handhabt das bestehende Reglement (Verordnung) in allen seinen (ihren) Theilen und übt unter der Aufsicht des betreffenden Bezirksanmanns oder Gemeindepräsidenten die Polizei aus.

„§. 7. Wenn die zuständige Bezirks- oder Gemeindebehörde die Verzeichnisse der Gesellschaftsmitglieder gestaltet und den Tourmeister gewählt, so hat derselbe

im Laufe des Monats April alle Gesellschaftsmitglieder, sowohl der Pferdehalter als Träger, zu besammeln und die Ausloosung der Pferde, welche in der Reihenfolge die Tour zu beginnen oder zu vollenden haben, vorzunehmen, so wie jene der Träger.

„S. 11. Die Tourordnung ist durch das Loss bedingt und findet der Reihenfolge nach statt.

„S. 12. Eine Rigifahrt gilt für eine Tour; Retourfahrten kommen hierbei nicht in Betracht.

„S. 13. Will ein Reisender die Pferdehalter oder Träger sich selbst wählen, so mag dies geschehen.

„S. 14. Diejenigen, welche auf diese Weise von den Reisenden gewählt sind, treten die Reise sogleich an, fallen dann aber für diesmal außer die Tour.

„S. 17. Dem Tourmeister liegt ob, jährlich im Monat April, wenn die Verzeichnisse der Gesellschaftsmitglieder von den zuständigen Behörden genehmigt sind, gemäß §. 10 der Verordnung die Mitglieder zu besammeln und die Ausloosung vorzunehmen.

„S. 18. Bevor das Touren beginnt, hat er das Reitzeug sämmtlicher Pferde, so wie die Tragsessel und Tragbänder gehörig zu untersuchen, und wenn dieselben nicht in dem gehörig soliden Zustande sich befinden, die Eigenthümer zu sofortiger Erstellung derselben anzuhalten. Die Anschaffung des Reitzeuges sowohl, als der Tragsessel, liegt den Gesellschaftsmitgliedern ob.

„S. 19. Jeder, der dieser Weisung nicht nachkommt, ist dem Präsidenten der zuständigen Behörde zur Bestrafung einzuleiten.

„S. 21. Ihm liegt ob, unter den Gesellschaftsmitgliedern gute Ordnung zu halten, die Klagen der Reisenden anzuhören, oder ihnen beizustehen und diejenigen, die gegen diese Ordnung sich verfehlen, zur Bestrafung zu verzeihen.“

Die übrigen Bestimmungen sind ebenfalls analog mit denen von Luzern.

Die erwähnten polizeilichen Verordnungen der Regierungen von Schwyz und Luzern traten nach ihrem Erlasse in Vollziehung, und bestehen heute noch in Kraft. Unter ihrem Schutze befinden sich nicht nur die Reisenden, sondern auch die dortigen Einwohnerschaften wohl. Denn wie wenig dadurch etwa die Gewerbsthätigkeit und der Verdienst der bezüglichen Bevölkerung jener Gegenden beschränkt ist, mag daraus entnommen werden, daß im Sommer 1857 nach amtlichen Angaben einzig in der Gemeinde Weggis 126 Männer und eine Menge Knaben, nebst 80 Pferden, in der Führung und Bedienung der Reisenden ihren Unterhalt erwarben. Es wurde bisher weder von Reisenden, noch von Gemeindebehörden, noch von den Gesellschaften, noch auch von andern Betheiligten irgend eine Klage erhoben.

Nur Herr Adlerwirth Kamber in Arth wollte Grund zur Beschwerde über die getroffene Anordnung finden, indem er diese mit Art. 4, 29 und 30 der Bundesverfassung nicht im Einklange glaubte. Er stellte daher im Jahr 1855 an den Bundesrath das Begehren: es möchte die fragliche Verordnung von Schwyz, als der Bundesverfassung und dem freien Verkehr zuwiderlaufend, aufgehoben werden.

Zur nähern Prüfung des Gegenstandes holte das Schweiz. Handels- und Zolldepartement auch die Ansichten des Regierungsrathes von Schwyz ein. Mit Zuschrift vom 12. Juni ließ sich dieser dahin vernehmen:

„Die Beschwerde findet die fragliche Verordnung, namentlich aber den §. 14 derselben, der den Grundsatz einer Tourordnung unter den Pferdehaltern und Trägern aufstellt, im Widerspruch mit den Artikeln 4, 29 und 30 der Bundesverfassung, läßt es aber bei dieser allgemeinen Behauptung bewenden sein, ohne sich irgendwie die Mühe zu geben, dieselbe durch einen Nachweis dessen zu begründen, was sich als Widerspruch darstellt. Da wir somit zu Widerlegung der Beschwerde spezielle Anhaltspunkte innert der zitierten Artikel der Bundesverfassung ermangeln, so müssen wir die letztern im Vergleich zu der angefochtenen Verordnung etwas näher ins Auge fassen.

„Der Art. 4 der Bundesverfassung lautet: „Alle Schweizer sind vor dem Gesetze gleich. Es gibt in der Schweiz keine Unterthanenverhältnisse, keine Vorrechte des Orts, der Geburt, der Familien oder Personen.“ Dieser Artikel würde in vorliegendem Fall seine Anwendung finden, wenn zu Gunsten der Einwohner der umliegenden Ortsgemeinden oder zu Gunsten der Kantonsbürger Privilegien beständen und die Schweizerbürger nicht gleich jenen behandelt, sondern hintangesezt würden. Dies ist aber durchaus nicht der Fall, indem (nach §. 3 der Verordnung) jeder Bürger und Niedergelassene, der unbescholtenen Ruf und die zum Transport nothwendigen Pferde, Geräthschaften und Kräfte besitzt, in die Gesellschaften der Pferdehalter und Träger eintreten kann. Jedes Gesellschaftsmitglied hat ferner ganz die gleichen Rechte und Pflichten. Vermöge des freien Eintrittes in die Gesellschaften und der Gleichberechtigung der Mitglieder besteht somit in keiner Beziehung, weder für die Bürger dieser oder jener Ortsgemeinde, dieses oder jenes Kantons ein Vorrecht. Selbst die Pferde und Träger, welche die Reisenden von anderswoher mit sich bringen, dürfen (nach §. 1) fortbenutzt werden, ohne daß die Gesellschaften ein Einspruchsrecht haben, eine Bestimmung, welche die Gleichstellung der Schweizerbürger hinsichtlich des Rechtes zum Transport vollendet und in dieser Beziehung den freien Verkehr durchführt. Davin unterscheidet sich die herwärtige Verordnung wesentlich von derjenigen über den Transport auf den Seelisberg, welche das Recht zum Trägerdienst auf dortige Gesellschaft beschränkt, und worüber wir mit Schreiben vom 16. Dezember v. J. beschwerend bei Ihnen eingelangt sind. Es qualifizirt sich somit die Berufung auf Art. 4 der Bundesverfassung gegenüber der herwärtigen Verordnung als eine durchaus unstatthafte.

„Der Art. 29 der Bundesverfassung „gewährleistet für Lebensmittel, Vieh und Kaufmannswaaren, Landes- und Gewerbszerzeugnisse jeder Art freien Kauf und Verkauf, freie Ein-, Aus- und Durchfuhr von einem Kanton in den andern.“ Durch diesen Artikel wird der Grundsatz des freien Handels und Verkehrs nach allen Richtungen ins Leben eingeführt. Wir sehen nun aber nicht ein, wie die angegriffene Verordnung obigem Artikel des Bundes widerspricht. Zunächst sind die aufgezählten Rubriken „Lebensmittel, Vieh, Kaufmannswaaren, Landes- und Gewerbszerzeugnisse“ nicht der Art, um auf Reisende und ihre Effekten eine natürliche und ungezwungene Anwendung zu finden. Doch wenn man auch hievon absieht, und den Artikel in analoge Anwendung bringt, so wird man nicht finden können, daß der Verkehr und Transport der Reisenden nach irgend einer Richtung gehemmt sei.

„Wir machen an dieser Stelle mit besonderem Nachdruck aufmerksam, daß die Reisenden selbst nicht an denjenigen Pferdehalter oder Träger gebunden sind, an den nach der Tourordnung die Reihe käme, indem ihnen (nach §. 13) freisteht, sie Pferdehalter oder Träger selbst auszuwählen, nur wird eine solche Fahrt den Letztern als Tour angerechnet. Der zitierte Artikel 29 der Bundesverfassung nthält ferner die Klausel, daß den Kantonen polizeiliche Verfügungen über die Ausübung von Handel und Gewerbe und über die Benutzung der Straßen vorbehalten seien.

„Wenn nun einerseits durch fragliche Verordnung der Grundsatz des freien Verkehrs für und mit den Reisenden nach keiner Seite eingebrochen und andererseits

die Befugniß zum Erlaß polizeilicher Verordnungen den Kantonen eingeräumt ist so kann die Berufung auf Art. 29 der Bundesverfassung nur zu Gunsten der Verordnung und nicht der dagegen geführten Beschwerde lauten.

„Der Art. 30 der Bundesverfassung endlich, auf welchen sich die Beschwerde ebenfalls beruft, lautet: „Der Bundesgesetzgebung bleibt vorbehalten, hinsichtlich der Abschaffung bestehender Vorrechte in Bezug auf Transport von Personen und Waaren jeder Art zwischen den Kantonen und im Innern derselben auf dem Wasser und auf dem Lande die nöthigen Verfügungen zu treffen, so weit die Eidgenossenschaft hiebei ein Interesse hat.“

„Wir haben schon geäußert, daß in vorliegendem Fall nirgends ein Vorrecht besteht, indem nach keiner Seite ein Ausschluß, dagegen für Orts-, Kantons- und Schweizerbürger vollkommene Gleichstellung stattfindet. Es kann sich auch nicht um Oeffnung einer für die Eidgenossenschaft bedeutenden Straße, wie z. B. seiner Zeit auf dem Vierwaldstättersee, handeln, indem die Wege auf den Migi wenn sie auch, über Privat- und Korporationsgut gehend, nicht in die Kategorie der öffentlichen Wege gehören, allen Reisenden gerne und ohne Einschränkungen geöffnet werden. Wenn daher die Eidgenossenschaft diesfalls ein weiteres Interesse haben könnte, so müßte es darin bestehen, daß der Reisende gut bedient und der dahierige Verdienst Vielen zugänglich werde, und das ist es, was die angefochtene Verordnung anstrebt. Es handelt sich daher auch nicht um Wahrung allgemeiner eidgenössischer Interessen, sondern um Abwehr zubringlicher Privatinteressen, und es kann somit der Art. 30 der Bundesverfassung, so wenig als die früheren, Anwendung finden.

„Nachdem wir die vollständige Unbegründetheit der Beschwerde in bundesrechtlicher Beziehung nachgewiesen, erlauben wir uns zum Schluß noch folgende Bemerkungen:

„Die fragliche Verordnung basiert sich auf vieljährige Erfahrungen in den am Migi liegenden Ortschaften; sie soll nebst einer wünschbaren Vertheilung des Verdienstes den Transport der Reisenden regeln, befördern, schützen und namentlich Ueberschreitung und Skandale verhüten, wie sie sonst zu allgemeinem Unordnen und Nachtheil an die Tagesordnung kommen, wenn keine polizeiliche Anordnung besteht und für Zudringlichkeit und Maßlosigkeit das Feld geöffnet ist. Alle die hiesigen Ortschaften, die am Migi liegen und die Angelegenheit zunächst zu wärtigen im Falle sind, wünschen ausdrücklich die Beibehaltung dieser Tourordnung und noch in allerneuester Zeit hat der Gemeinderath Arth unsere Verwendung zu jenem Zweck in Anspruch genommen. Gewiß wären solche Kundgebungen, auch wenn das Bundesrecht weniger deutlich und bestimmt spräche, als es hier der Fall ist, besonderer Würdigung werth. Das gleiche Bedürfniß hat sich unter ähnlichen Verhältnissen auch in andern Ortschaften geltend gemacht, wie das in Abschrift beiliegende, vom Regierungsrath des Kantons Luzern unterm 31. März 1854 ft Weggis erlassene Reglement zeigt, das ebenfalls eine Tourordnung festsetzt, un zwar mit mehr Beschränkung als die herwärtige Verordnung.“

In Würdigung der vorliegenden Gründe fand der Bundesrath unterm 25. Juni 1856, daß die Beschwerde in der Bundesverfassung keinen Anhaltspunkt habe, und daß somit derselben keine Folge gegeben werden könne, indem nach seiner Ansicht allen Bestimmungen der Bundesverfassung ein Genüge geleistet sei, wenn

- a. die Reisenden ihre Führer und Pferde von Ferne her beliebig mitbringen dürfen, und wenn
- b. die Führer, Träger u. s. w. wieder beliebige Nachfracht annehmen dürfen,

in welchen beiden Beziehungen die Verordnung kein Verbot enthalte.

Damit war aber die Angelegenheit nicht erledigt.

Im Jahre 1858 wurde das Begehren von 18 Wirthen und Pferdehaltern der umliegenden Rigigemeinden beim Bundesrath wiederholt und nun auch auf das Reglement von Luzern ausgedehnt, dahin schließend: „Der Bundesrath möge dekretiren, daß die Reisenden zu jeder Zeit berechtigt sein sollen, die benöthigten Pferde, Träger und Wegweiser aus den betreffenden Gesellschaften frei und ohne Rücksicht auf bestehende Tourordnungen zu wählen.“

Das mit der Begutachtung des Gegenstandes wiederholt beauftragte Zoll- und Handelsdepartement vernahm daher außer der Regierung von Schwyz auch diejenige von Luzern über das erneuerte Begehren ein.

Die daherigen Berichte der beiden Regierungen sind zur richtigen Beurtheilung der Angelegenheit zu wichtig, als daß sie hier übergangen werden dürften.

Unterm 7. Mai 1858 erwiederte nämlich die Regierung von Luzern:

„Wir haben über die in dieser Vorstellungsschrift besprochenen Verhältnisse uns allseitig erkundigt, und sprechen uns nach Anhörung und genauer Würdigung der pro und contra gefallenen Meinung für unveränderte Aufrechterhaltung der bestehenden Trägerordnung aus.“

„Seit mit Beginn der 20er Jahre der Fremdenbesuch auf dem Rigi einige Bedeutung gewann, nahm derselbe dergestalt zu, daß er eine Hauptverdienstsquelle der umliegenden Ortschaften wurde. In Weggis allein obliegen den Sommer über bei 126 Männer nebst einer großen Anzahl Knaben dem Führer- und Trägergewerbe und bei 80 Pferde standen hier letztes Jahr zum Transporte der Fremden und ihres Gepäcks bereit.“

„Anfänglich als die Ausübung dieses Gewerbes sich selbst überlassen, noch volle unbedingte Konkurrenz war, wie solche vom hohen Bundesrath wieder hergestellt werden soll, rissen und stritten sich in der Regel zu 50 und 60 Bewerber um Personen und Gepäc. Häufig kam's zu Beschimpfungen und Thätlichkeiten. Nicht selten war der Fremde selber bei solchen Kämpfen roher Unbill preisgegeben. Polizeiliches Einschreiten und Strafen vermochten nicht, diesen ärgerlichen, täglich vorkommenden Auftritten mehr Einhalt zu gebieten.“

„Dies bewog die Einwohnerschaft und Ortsbehörde der Gemeinde Weggis, die Regierung um Aufstellung eines Reglements zu bitten. Wiederholt wurden sodann von uns zur Regulirung gedachter Verhältnisse polizeiliche Vorschriften aufgestellt, namentlich in den Jahren 1842, 1851 und 1852. Diese alle, sowie das gegenwärtig bestehende Reglement vom 31. März 1854, bezwecken Handhabung einer gewissen Ordnung, sowohl im Interesse der Pferdehalter, Träger und Führer, als auch zum Schutze der Fremden gegen Zudringlichkeit, Ueberforderung u. dgl.“

„In dieser, aus polizeilichen Gründen gebotenen Verordnung sind Kantons- und Schweizerbürger gleich behandelt. (Art. 3.)“

„Durch selbe wird die freie Gewerbsausübung nur insoweit beschränkt, als sie erzeugt werden mußte. Eine ungleich größere Beschränkung würde gerade mit Aufhebung der Mehrordnung eintreten, indem alsdann einige Gastwirthe und die nächst am Landungsplatze wohnenden Pferdehalter und Führer diesen Erwerb ausschließlich an sich reißen würden, oder die Entferntern wären genöthigt, um mit ihnen die Konkurrenz bestehen zu können, den Tag über am Gestade müßig zu stehen und ihre Pferde jederzeit auf dem Plage bereit zu halten, während gegenwärtig Mann und Pferd erst, wenn die Mehrordnung ruft, zur Stelle sein müssen“

und jener inzwischen ungestört der Haus- und Feldwirthschaft obliegen kann. Daß durch die Rehrordnung, wie behauptet wird, der Wettseifer unter den Trägern gestört und der Fremde genöthigt werde, zu schlechter Bedienung zu greifen, ist unwahr, denn im Art. 4 unseres Reglements sind ausdrücklich guter Ruf, Befähigung, anständiges Betragen u. s. w. als die erforderlichen Eigenschaften eines Führers, Trägers zc. aufgezählt, und in den Artikeln 7, 20 und 21 die Fälle erwähnt, wo in Abgang dieser Requisite ein Träger oder Führer in seinem Gewerbe suspendirt oder von der Gesellschaft gänzlich ausgestoßen werden kann. Auch die Pferde werden amtlich untersucht und nur taugliche zugelassen (Art. 4). Ueberhin bleibt den Reisenden unbenommen, sich eigener Führer oder Pferde zu bedienen. (Art. 14.)

„Wir begreifen endlich nicht, wie nach dem Gesagten die hohe Bundesbehörde überhaupt mit dieser Angelegenheit beehelligt werden kann. Aus der Bundes- oder Kantonsverfassung kann ein Grund zur Modifikation oder Aufhebung des angefochtenen Reglements nicht hergeleitet werden, denn beide haben den Kantonsverordnungen die polizeiliche Regulirung von Handel und Gewerbe auf ihrem Gebiete ausdrücklich zugesichert. Daher hat auch der hohe Bundesrath ein gleichmotivirtes Begehren um Aufhebung der bestehenden Trägerordnung bereits (1856) abschlägig beschieden, ohne daß die Abgewiesenen hiegegen den Rekurs an die Bundesversammlung ergriffen hätten.

Sollten sich mit der Zeit wirklich erhebliche Uebelstände nachweisen lassen, welche durch eine Modifikation des fraglichen Reglements gehoben werden können, so sind die Kantonalbehörden hiefür anzusprechen. Der Umstand, daß seit 1842 das Reglement wiederholt abgeändert und auch am Schluß des bestehenden eine allfällige nöthige Revision ausdrücklich vorbehalten wurde, beweisen, wie wenig wir zweckmäßigen, durch Verhältnisse gebotenen Modifikationen abgeneigt sind.

„Aus gleichem Grunde haben wir auch die in der Zuschrift angeführten, anderwärts bestehenden Reglemente und Tarife für Bergführer, Träger und Kutscher eingefordert und unserm Departement des Innern aufgetragen, unter Bezug von Experten zu erdauern, was und wieviel davon allfällig auf hiesige Verhältnisse anwendbar sein dürfte.“

Die Regierung von Schwyz ihrerseits kam dem erhaltenen Auftrage unterm 13. Juli 1858 mit folgender Rückäußerung nach:

„Ihrer Einladung zur Bernehmlassung hierüber beehren wir uns in Nachstehendem zu entsprechen:

„1) Zunächst berufen wir uns ausdrücklich auf den Bericht und die Darstellung vom 12. Juni 1855, womit wir einen gleichen Angriff auf das herkömmliche Nigireglement vom 28. November 1854 mit guten Gründen abzuwehren im Stand waren.“

„Damit wird namentlich die Einwendung der Reklamanten widerlegt, als ob das Nigireglement den Artikeln 4, 29 und 30 der Bundesverfassung zuwider sei, und ebenso hervorgehoben und dargethan, daß dasselbe nach keiner Seite ein Verrecht, resp. Ausschluß, sondern für Orts-, Kantons- und Schweizerbürger vollkommene Gleichstellung statuire und zugleich die durchaus nothwendige Ordnung erhalte.

„2) In Würdigung dessen hat der h. Bundesrath, wie Hochderselbe uns mit Schreiben vom 25. Juni 1856 mitgetheilt hat, den Rekurs als unbegründet abgewiesen, indem er zugleich als Norm angenommen hat:

- a. die Reglemente müssen den Fremden gestatten, beliebige Führer und Träger ihrer Effekten mitzunehmen;
- b. es muß diesen Führern unbenommen sein, vom Orte ihrer Bestimmung sich wieder mit Rücksicht zu beladen.

*) Siehe Seite 219 hievon.

„Wie der h. Bundesrath eingesehen und anerkannt hat, erfüllt das herwärtige Reglement in §. 11 die erstere Bedingung vollkommen, indem es sagt: „Will ein Reisender die Pferdehalter oder Trager sich selbst wählen, so mag es geschehen.“ Eben so bleibt es, wenn auch das Reglement etwas Ausdrückliches nicht enthält, diesen Pferdehaltern oder Trägern unbenommen, vom Orte ihrer Bestimmung wieder Rückfracht zu nehmen. Die bundesrechtliche Zulässigkeit fraglichen Reglements ist somit vom h. Bundesrath selbst ausdrücklich anerkannt und festgestellt.

3) Was neben dem bundesrechtlichen Gesichtspunkte von den Reklamanten angeführt wird, wie das Schusterbeispiel, die Besorgniß wegen Hemmung des Wettbewerbs im Erlernen fremder Sprachen u. s. w., verdient wohl kaum einer ernstlichen Würdigung. Es handelt sich da nicht um eine Fabrication, die in vereinzelten Handwerksstuben betrieben wird, sondern um den Verkehr einer bedeutenden Anzahl Personen auf öffentlichem Plage, und da ist es Pflicht der öffentlichen Behörden, der Störung der Ordnung, wozu das Eigenthümliche jenes Verkehrs sonst so reichlichen Anlaß bietet, zu begegnen. Daß die Herren Wirthe, die diesen Rekurs betreiben, im Falle günstigen Erfolges desselben ihre Kocknechte in den fremden Sprachen werden ausbilden lassen, ist weder denkbar, noch nöthig. Zudem kommt, daß über die Behandlung der Reisenden während des Transportes und über die Transportmittel keine Klagen laut geworden sind, wohl aber sehr oft über Zudringlichkeiten da, wo nicht durch eine feste Ordnung denselben Schranken angelegt werden konnten.

4) Zum Schlusse dürfen wir nicht unterlassen, auf den eigentlichen Kernpunkt dieser Frage aufmerksam zu machen. Während die Pferdehalter und Tragergesellschaften in unserm Kanton zahlreiche Mitglieder zählen, werden Sie in der Liste der Reklamanten nur die Namen einiger Gasthofbesitzer finden, die unter dem Aushängeschild unbedingter Freiheit das Transportwesen faktisch zu ihrem Monopol machen möchten, was gar nicht schwer fallen müßte, wenn man in Berücksichtigung zieht, daß dieselben nach neuerer, freilich nicht empfehlenswerther Praxis, Verbindungen und Agenturen organisiert haben, die den Reisenden schon lange vor seinem Eintritt in den Kanton Schwyz in Beschlag zu nehmen trachten. Solche weitreichende Fangarme besitzt der einfache Pferdehalter nicht, wird daher in kurzer Zeit überflügelt werden und der bisher allgemeine Verdienste concentrirt sich in den Händen Weniger. Die Pferdehaltergesellschaften haben schon wiederholt den Gasthofbesitzern freiwillig ausnahmsweise Vortheile anboten; dieselben begnügten sich jedoch nicht, und scheinen nun alle Anstrengung machen zu wollen, um diese Erwerbsequelle vollständig an sich zu ziehen. Die betreffenden Gemeindegörden dagegen gewähren dieser Anstrengung nicht nur keine Unterstützung, sondern halten an dem Grundsatz einer Tourordnung, wie er im herwärtigen Reglement ausgenommen ist, im Interesse ihrer verdienstbedürftigen Bevölkerung mit Entschiedenheit und Beharrlichkeit fest, und diese Stimme, welche die Verhältnisse wohl zu würdigen weiß, verdient gewiß eben so volle Würdigung, als die Begehrlichkeit zu weit getriebener Privatpekulation.

„Der Rekurs rechtfertigt sich somit weder in rechtlicher, noch volkswirtschaftlicher Beziehung, und wir erwarten daher mit Zuversicht, der h. Bundesrath werde, in Bestätigung seines frühern Bescheides, denselben abweisen und im Falle der Weiterziehung an die h. Bundesversammlung den Abweisungsbefehl mit dem Nachdruck festhalten, den die Begründung desselben bietet.“

Der Bundesrath, nach Anhörung des Gutachtens seines Departements, und in Würdigung aller in Beziehung stehenden Momente, wies das Begehren der Reklamanten unterm 13. August 1858 wiederholt ab.

Nun gelangen dieselben mit einer ehrerbietigen Recurvorstellung vom 2. Jänner 1859 an die h. Bundesversammlung mit dem Gesuche:

„Diese möge, in Abänderung der bundesrätlichen Entscheide vom 25. Juli 1856 und 13. August 1858, dekretiren:

„Daß die Reisenden zu jeder Zeit berechtigt sein sollen, die benötigten Pferde, Träger und Wegweiser aus den betreffenden Gesellschaften frei und ohne Rücksicht auf bestehende Tourordnungen zu wählen.“

Zur Begründung ihres Gesuches schicken die Petenten aus den beiden Rigireglementen von Schwyz und Luzern die zum Theil oben mitgetheilten Bestimmungen, nebst den bezüglichen Erläuterungen der beiden hohen Regierungen voraus, und nehmen dann, nachdem sie die auch vom Bundesrath nicht abgelehnte Bundeskompetenz behauptet, wiederholt die Artikel 4, 29, 30 und 41 der Bundesverfassung in Anspruch, in welcher Beziehung sie folgende Betrachtungen anstellen.

„Der Widerspruch der von den Petenten angegriffenen Bestimmungen des Schwyzer- und Luzerner-Reglementes gegen mehrere Bestimmungen der Bundesverfassung geht aus einer Vergleichung derselben mit jener hervor. Allerdings ist das Schwyzer-Reglement scheinbar liberaler als das luzernische: dieses gestattet nur Benutzung der Pferde, Träger und Wegweiser, wie deren Reihenfolge von Anfang festgestellt wurde, verbietet also den Reisenden jede Auswahl, während das schwyzerische eine solche Auswahl gestattet, allein so, daß der Gewählte dann aus der Tour fällt, so daß immer nach beiden Systemen jeder gleich dem andern an die Reihe kommt, und diese größere Freiheit der Schwyzer-Berordnung nur eine scheinbare ist. In rechtlicher Beziehung konstituirte dieser Zwang zur Benutzung eines Führers oder Pferdes:

a. eine Verletzung des Art. 4 der Bundesverfassung, welcher alle Vorrechte der Personen unterjagt. So lange die Cantone Schwyz und Luzern nichts Anderes verlangen würden, als Ausweis für Träger, Führer und Pferde über ihre Befähigung, Constituirung derselben zu einer Gesellschaft, Beaufsichtigung, Festsetzung der Preise u. dgl., so lange würde sich die gesetzliche Vereinigung dieser Verhältnisse unter den Begriff der polizeilichen Beaufsichtigung subsumiren lassen; allein etwas Anderes ist es, wenn eine bestimmte Person eine exklusive Berechtigung zu einer solchen Dienstleistung oder Arbeit erhält, wenn sie diese Arbeit allein vorzunehmen berechtigt und der Auftraggeber dazu verbunden ist, sich allein an diese bestimmte Person oder dieses bestimmte Pferd zu halten. Enthält dieß nicht geradezu ein Vorrecht dieser Person? Ist das Vorrecht überhaupt etwas Anderes, als eine Exclusion der Berechtigung Anderer? — Wenn es Jedermann frei steht, die gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen zu erfüllen, um eine Berechtigung zu erlangen, dann ist Gleichheit vor dem Gesetze vorhanden, dann ist von einem Vorrechte keine Rede; wenn aber nach der Erfüllung dieser Requisite es dem Betroffenen nicht mehr frei steht, dasjenige zu thun, was jene erlangte Berechtigung mit sich bringt, sondern wenn er warten muß, bis die Reihe an ihn kommt, so wird ein Prinzip geschaffen, das der Verfassung zuwiderläuft.

„Wird demnach zu Gunsten bestimmter Personen ein Vorrecht, ein Privileg durch die angeführten Regulative von Luzern und Schwyz geschaffen, und damit dem Art. 4 der Bundesverfassung zuwidergehandelt, so enthalten dieselben nicht minder

b. einen Verstoß gegen die Art. 29 und 38 der Bundesverfassung, welche Handels- und Gewerbefreiheit proklamiren und die Abschaffung von Vorrechten für den Transport von Personen und Waaren anordnen. Handels- und Gewerbe-freiheit können nur dann bestehen, wenn der Consument (im Fragefalle der Reisende) kaufen kann, wo er will, wenn er eine Auswahl treffen kann: ist

dieses Wahlrecht ganz ausgeschlossen (wie in Luzern) oder zum Theil beeinträchtigt (wie in der Schwyzer-Verordnung); ist im Gegentheil der Consumant an eine bestimmte Person gebunden, deren Produkt (oder Arbeit) er annehmen muß, so kann man doch nicht mehr von Verkehrsfreiheit überhaupt reden; der Rigide Reisende hat aber keine Wahlfreiheit, er muß sich an den ihm vom Staate octroyirten Führer, an das ihm angebotene Pferd halten; andere darf er nicht benützen.

Man wendet freilich hiegegen ein:

aa. Daß diese Auswahl genügend vorher getroffen werden könne, daß der Reisende in Bern, Aarau oder Zürich Führer und Pferde engagiren könne, und daß ihn nach den bestehenden Ordnungen Niemand hindere, sich derselben für seine Reise zu bedienen; allein warum soll ihm am Fuße des Rigi diese Wahlfreiheit nicht mehr zustehen? Warum soll das, was um den Rigi herum beschränkt ist, dadurch befreit werden, daß in der Entfernung von mehreren Stunden eine Freiheit in der Auswahl existirt? — Offenbar hat aber der hohe Bundesrath, welcher diese soeben genannte Argument gebraucht, die gewöhnlichen Verkehrsverhältnisse ganz außer Acht gelassen und sich nur auf den Standpunkt reicher Herrschaften gestellt; denn diese sind es einzig, die etwa in der Ferne Führer und Pferde mietthen, während die Masse der Reisenden auf den Eisenbahnen und Dampfschiffen an den Fuß des Rigi gelangt und dort erst Führer und Pferde engagirt. So läuft denn dieser Einwurf darauf hinaus: „Für Reiche besteht Freiheit in der Auswahl, für die Mittelklasse dagegen nicht,“ und diese praktische Konsequenz muß allein schon genügen, um die Unhaltbarkeit dieser Ansicht darzuthun.

bb. Daß der Verkehr an öffentlichen Plätzen eine andere Regulirung von Seiten der öffentlichen Behörden erheische, als da, wo derselbe nur privatim vor sich geht, ein Argument, mit welchem die Regierung von Schwyz gegen die Petenten aufgetreten ist. Dieselben hatten in ihrer Eingabe vom Februar 1858 angeführt, daß diekehrordnung am Rigi sich in nichts von dem Zunftzwange in den gewöhnlichen Gewerben, z. B. der Schusterei unterscheide, daß durch den Zunftzwang der Consumant genöthigt werde, nur bei den zünftigen Meistern seine Schuhe zu kaufen und am Rigi der Zunftzwang den Reisenden gleicher Weise anhalte, sich eines bestimmten Führers und Pferdes zu bedienen; und dagegen behauptet der hohe Stand Schwyz, daß ein Unterschied durch die Öffentlichkeit des Platzes begründet werde, auf welchem der Verkehr zwischen Reisenden und Führern vorkommt. Ob ich aber in meiner Privatwohnung, in einer öffentlichen Halle, auf der Straße die Produkte meines Gewerbes ausbiete, ist völlig gleichgültig: es ist immer öffentlicher Verkehr, wenn ich es Jedermann zum Kauf anbiete, Jedermann berechtigt ist, zu kaufen. Aber in der That geht der Zunftzwang nirgends so weit, als es die Cantone Luzern und Schwyz vorschreiben: wo er existirt hat, da waren doch immer mehrere zünftige Meister des gleichen Gewerbes; da war zwischen ihnen noch eine Auswahl möglich, während das am Rigi nicht der Fall ist: es muß derjenige Führer, dasjenige Pferd genommen werden, welches an der Reize ist.“

Im Gegensatz zu diesen, nach der Ansicht der Petenten, mit der Bundesverfassung unvereinbaren Vorschriften beruft sich dann die Rekursvorstellung schließlich auf das Reglement für die Bergreisenden im Kanton Bern, welches diesen in der Wahl der Kutscher volle Freiheit lasse.

In einlässlicher Diskussion hat sich nun der Ständerath bereits mit der vorwürfigen Rekursbeschwerde befaßt und, in Abweichung von den

Ansichten seiner Kommission, gestützt auf Art. 30 der Bundesverfassung beschlossen:

„Der Refers des Hrn. Kamer in Arth und Mithaste, vom 2. Jänner 1859, wird, bezüglich der in den Verordnungen von Schwyz und Luzern vorgeschriebenen obligatorischen, die freie Wahl der Reisenden beschränkenden Tour für begründet erklärt, im Uebrigen bleiben die fraglichen Verordnungen in Kraft; es soll jedoch die Aufnahme in die betreffenden Gesellschaften nicht von dem Bürgerrechte oder der Niederlassung in einer bestimmten Gemeinde abhängig gemacht werden.“

Lit. I. Bei dieser Lage der Akten sah sich Ihre Kommission veranlaßt, den Gegenstand in allseitige und gründliche Berathung zu ziehen. Denn es wollte ihr scheinen, daß der Schlußnahme des Ständerathes, abgesehen von den angerufenen Bestimmungen der Bundesverfassung, auch schon aus dem Grunde nicht wohl beigetreten werden könne, weil derselbe offenbar einen materiellen Widerspruch involvire. Sobald nämlich in den fraglichen Reglementen der Grundsatz einer obligatorischen Rehrordnung aufgehoben wird, so fällt damit nothwendig auch der Hauptzweck, die Vermeidung der früher stattgehabten Unordnungen, dahin, und die Reisenden sind wieder den frühern Zudringlichkeiten der Führer, Träger und Posthalter, sowie gleichzeitig allen selbstsüchtigen Intriguen der Wirthe ausgesetzt.

Abgesehen sodann aber hievon, die mehrkerufenen Bestimmungen der Bundesverfassung waren es vor Allem, welche Ihre Kommission zu einer andern Schlußfolgerung führten.

Zunächst will nämlich es der Kommission scheinen, daß der soviel in Anspruch genommene Art. 4 der Bundesverfassung hier nicht zur Anwendung kommen könne. Denn wenn derselbe sagt: „Alle Schweizer sind vor dem Gesetze gleich. Es gibt in der Schweiz keine Unterthanenverhältnisse, keine Vorrechte des Orts, der Geburt, der Familien oder Personen,“ so wird man schwerlich behaupten können, daß die fraglichen Reglemente die Rechtsgleichheit der Schweizerbürger verletzen, wenn sie jedem Bürger und Einwohner, beziehungsweise jedem, der sich in die betreffenden Gemeinden niederlassen will, den Eintritt in die gedachten Erwerbsgesellschaften frei geben, sofern er ein redlicher und dienstpflichtiger Mann ist; auch wird im Ernste nicht behauptet werden können, daß dadurch ein Unterthanenverhältniß hergestellt werde. Und wenn Weggis oder Arth oder Gersau mit einem von der Natur herbeigeführten eigenthümlichen Erwerbszweige am Fuße des vielbesuchten Nigi liegt, so wird man ebenfalls nicht sagen können, daß diese Ortschaften ein reglementarisches Vorrecht vor der Bundesstadt Bern, oder vor Luzern, Basel, Zürich, Genf oder Schaffhausen haben. Jeder Ort hat auch in der Republik seine in der Natur begründeten Vorrechte. Da ferner auch Bürger und Niedergelassene gleich gehalten sind, so fällt auch das Vorrecht der Geburt und der Familie dahin. Einzig könnte allenfalls noch von einem Vorrechte

der Personen die Rede sein, indem keine weiblichen Mitglieder in die reglementarischen Dienstgesellschaften als Führer, Träger oder Pferdehalter aufgenommen werden dürfen. Allein in hundert andern Fällen kommen ähnliche Ausweisungen, und zwar nicht nur gegenüber dem weiblichen Geschlechte, vor, ohne daß es jemand einfiel, den Art. 4 der Bundesverfassung dagegen anzurufen.

Ebenso wenig kann eine Berufung auf Art. 29 hier Platz greifen. Derselbe besagt nämlich:

„Für Lebensmittel, Vieh und Kaufmannswaaren, Landes- und Gewerbszeugnisse jeder Art sind freier Kauf und Verkauf, freie Ein-, Aus- und Durchfuhr von einem Kanton in den andern gewährleistet.“

Der Art. 29 handelt somit vom freien Kauf und Verkauf, sowie von freier Ein-, Aus- und Durchfuhr, und zwar von was für Objekten? Von Lebensmitteln, Vieh, Kaufmannswaaren und Gewerbszeugnissen. Die Reglemente hingegen beschäftigen sich mit der Bewegung und dem Verkehre der Reisenden und der Bedienung von Seite der Landeseinwohner. Weder jene, noch diese qualifiziren als Waaren kommerzielle Produkte; eben so wenig haben wir hier Käufer oder Verkäufer, sondern, wie in hundert andern Fällen auch, Dienstgeber und Dienstnehmer; jene sind die Reisenden und diese die Führer, Träger und Pferdehalter. Nirgends wird man die Dienstleistung als kommerzielles Objekt, als Waare oder Gewerbsprodukt aufgeführt finden.

Allein der Art. 29 fällt in der vorwüthigen Frage nach einer andern Seite hin in die Waagschale. Gegenüber der ausgesprochenen Gewährleistung nämlich behält er in Ziffer b den Kantonen „die polizeilichen Verfügungen über die Ausübung von Handel und Gewerbe und über die Benutzung der Straßen“ vor, wobei „die Kantonsbürger und die Schweizerbürger anderer Kantone gleich behandelt werden müssen.“ Noch mehr! Diese Verfügungen sind dem Bundesrathe zur Prüfung vorzulegen, und dürfen vollzogen werden, sobald sie dessen Genehmigung erhalten haben. Es geht nun zwar aus den Akten nicht hervor, daß die gedachten Reglemente, welche offenbar solche polizeiliche Verfügungen über die Ausübung von Gewerben und über die Benutzung der Straßen sind, vor ihrer Vollziehung zur Genehmigung vorgelegt worden seien; ja, es läßt sich sogar auf das Gegentheil schließen. Allein jetzt sind sie, in Folge der Beschlüsse des Bundesrathes vom 25. Juni 1856 und 13. August 1858 von demselben wirklich genehmigt und bestehen als bundesrechtliche, mit verfassungsmäßiger Kompetenz erlassene Verfügungen.

Was sodann den Art. 30 der Bundesverfassung betrifft, so räumt derselbe der Bundesgesetzgebung die Kompetenz und den Vorbehalt ein, hinsichtlich der Abschaffung bestehender Vorrechte in Bezug auf Transport von Personen und Waaren jeder Art zwischen den Kantonen und im Innern derselben, auf dem Wasser und auf dem Lande, die nöthigen Verfügungen zu treffen, so weit die Eidgenossenschaft hierbei ein Interesse hat.

Die Gesellschaften der Führer, Träger und Pferdehalter sind nur aber keine geschlossenen Innungen oder Familien, mit erblichen Privatrechten, wie solche z. B. von Alters her in Uri, Appenzel, Luzern, auf dem Rheine, der Neuf, auf dem Hallwylsee und anderwärts bestehen. Es sind hier durchaus keine Vorrechte des Monopols in Frage. Die bezüglichen Gesellschaften sind offen und der Eintritt in dieselben steht jedem Bürger und Niedergelassenen, der die für den Dienst nöthigen Requisite besitzt, durchaus frei. Ja, dieselben werden sogar alle Frühjahre neu rekrutirt und neu konstituirte, wodurch sie offenbar einen ganz andern rechtlichen Charakter erhalten, als die Vorrechte, von welchen die Bundesverfassung spricht, wie denn auch gar nicht daran zu zweifeln ist, daß man bei der Feststellung jenes Artikels der Bundesverfassung kaum die alle Jahre wechselnden, polizeilich autorisirten Rigiführer im Auge hatte. Ueberdies aber ist nicht zu übersehen, daß der Bundesgesetzgebung dießfällige Verfügungen zu treffen nur in so weit vorbehalten ist, als die Eidgenossenschaft dabei ein Interesse hat. So lange nun die Posthalter, Träger und Führer am Rigi nicht mit der eidg. Postverwaltung u. dgl. in Kollision oder Konkurrenz gerathen, scheint der Art. 30 nicht rundweg auf ihr Polizeiregulativ anwendbar zu sein.

Die Berufung auf den Art. 41, Ziffer 4 endlich ist hier ebenfalls nicht am Ort. Denn wenn derselbe besagt: „daß dem Niedergelassenen „insbesondere die freie Gewerbsausübung nach Maßgabe der Gesetze und „Verordnungen des Kantons, die in allen Beziehungen den Niedergelassenen „dem eigenen Bürger gleich halten sollen,“ zugesichert sei, so ist dieser Grundsatz in den beiden angefochtenen Reglementen bestimmt, klar und ohne Rückhalt ausgesprochen. Jeder, der den fraglichen Beruf oder Erwerb ausüben will, kann sich in einer dießfälligen Gemeinde oder Ortschaft niederlassen, und er muß, wie der Bürger, sobald er wie dieser die reglementarischen Eigenschaften besitzt, in eine Dienstgesellschaft aufgenommen und zu dem von ihm gesuchten Erwerbe zugelassen werden.

Eit! Die Kommission enthält sich, über die rechtliche Sphäre der Frage hinaus, noch andere Seiten des Gegenstandes zu berühren. Sie untersucht nicht, ob die fraglichen Reglemente in jeder Beziehung zweckmäßig seien; beide Regierungen, von Schwyz und Luzern, haben durch die wiederholten Revisionen bisher bewiesen, daß sie bereit sind, jederzeit allfälligen Uebelständen Abhilfe zu thun. Die Kommission wollte auch nicht in Spezialitäten eintreten, welche in den Berichten der beiden Regierungen bereits berührt wurden, und das nicht zum zweiten Male erörtern, was dieselben bezüglich auf Abänderung der Reihenordnung, freier Auswahl, Rückfracht u. dgl. beruhigend erklärt haben. Die Kommission stellte sich lediglich die Frage: ob der Rekurs gegenüber den angerufenen Bestimmungen der Bundesverfassung begründet sei oder nicht, und nach Erwägung aller bezüglichen Momente mußte sie sich für das Letztere entscheiden.

Sie schließt daher mit dem einstimmigen Antrage:

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Prüfung einer Rekursbeschwerde mehrerer Wirthe und Pferde-
halter — Kamer in Urth und Mithaste — vom 2. Jänner 1859, gegen
einen Beschluß des Bundesrathes vom 13. August 1858, betreffend die
Reisenden-Transportreglemente der Kantone Schwyz und Luzern,

wolle beschließen:

Es wird über die gedachte Rekursbeschwerde zur Tagesordnung ge-
schritten.

Bern, den 19. Jänner 1859.

Namens der Kommission:*)

A. Keller, Berichterstatter.

*) Die Mitglieder der Kommission waren:

Herr Dr. A. Escher, in Zürich.

„ Ed. Blösch, in Bern.

„ A. Keller, in Aarau.

„ J. Martin, in Bivis.

„ J. M. Gungerbühler, in St. Gallen.

II. Bericht

der

ständeräthlichen Kommission über den Rekurs der Wirthe vom
Rigi, betreffend die Führer- und Transportreglemente von
Schwyz und Luzern.

(Vom 20. Januar 1859.)

Tit.!

Untern 13. Januar behandelte die Petitions-Commission das Gesuch
einiger Wirthe und Pferdeführer vom Rigi, dahin gehend, daß die Rei-
senden zu jeder Zeit berechtigt sein sollen, die benötigten Pferde, Träger
und Führer aus den betreffenden Gesellschaften frei und ohne Rücksicht auf
die bestimmte Verordnung zu wählen.

Die Commission beantragte auf Tagesordnung.

Der schweizerische Ständerath hingegen konnte sich mit diesem Antrage
nicht vertraut machen und beschloß:

**Bericht der nationalrätlichen Kommission über den Rekurs der Wirthe vom Rigi,
betreffend die Führer- Und Transportreglemente der Kantone Schwyz Und Luzern. (Vom
19. Jänner 1859.)**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1859
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	12
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	19.03.1859
Date	
Data	
Seite	213-229
Page	
Pagina	
Ref. No	10 002 715

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.